

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schulvorlage vom Reichsrat abgelehnt!

Mit 37 gegen 31 Stimmen!

Die heutige Sitzung des Reichsrats hat mit einem Knalleffekt geendet. Die Schulvorlage Reudells ist nicht, wie ziemlich allgemein erwartet wurde, in abgeänderter Form angenommen, sondern nach Annahme verschiedener Abänderungsanträge abgelehnt worden. Die Ablehnung erfolgte durch eine Mehrheit, die sich aus den verschiedensten Motiven zusammensand; im Reichstag würde man im gleiche Fall von einem Sieg der vereinigten Rechten und Linken über die Mitte sprechen. Ein Teil der Ablehnenden sagte Rein, weil er von der ganzen Vorlage, sei es in der ursprünglichen, sei es in der abgeänderten Form nichts wissen will, der andere Teil nahm die gleiche Haltung ein, weil ihm die Vorlage durch die angenommenen Abänderungsanträge unschmackhaft geworden war. Das gilt insbesondere für Bayern, das durch sein Nein den Ausschlag gegen die Vorlage gegeben hat.

Die staatsrechtliche Lage, die sich aus dem ablehnenden Beschluß des Reichsrats ergibt, wird durch den Artikel 69 der Reichsverfassung folgendermaßen geregelt: Die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung bedarf der Zustimmung des Reichsrats. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat nicht zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber hierbei die abweichende Auffassung des Reichsrats darzulegen.

Beschließt der Reichsrat eine Gesetzesvorlage, welcher die Reichsregierung nicht zustimmt, so hat diese die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen.

Die Reichsregierung kann also, trotz der Niederlage, die sie im Reichsrat erlitten hat, die Vorlage im Reichstag einbringen. Sie wird sich aber klar darüber sein, daß sie sich dabei in einer äußerst fatalen Lage befinden wird. Sie muß erstens einmal im Reichstag eine Mehrheit für die Vorlage zusammenbringen müssen — was nach den Vorgängen im Reichsrat schwerer sein wird als vorher, und wobei die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer Verabschiedung durch einfache Mehrheit eine besondere Rolle spielen wird — und sie muß dann außerdem verhindern, daß der Reichsrat Einspruch erhebt. Nichts gibt ihr Sicherheit dafür, daß sich das Spiel von heute dann nicht wiederholt. In diesem Fall könnte das Gesetz im Reichstag nur mit Zweidrittelmehrheit zustande kommen, die nicht vorhanden ist, oder es müßte ein Volksentscheid angeordnet werden, vor dem man sich wohlweislich hüten wird.

So ist durch den heutigen Beschluß des Reichsrats ein krisenhafter Zustand entstanden, dessen Auswirkungen sich einwirken noch gar nicht übersehen lassen. Reichsregierung und Bürgerblock haben noch vor der Entscheidungsschlacht im Reichstag eine schwere Niederlage erlitten. Die Gründe dafür mögen sie bei sich selber suchen. Nie ist eine wichtige Vorlage miserabler ausgearbeitet und ungeschickter vorbereitet worden. Als Gegner dieser Vorlage dürfen wir geradezu das gültige Schicksal preisen, das die vorbereitenden Arbeiten in die Hände des deutschnationalen Reichsinnenministers v. Reudell, dieser personalisierten Hilfslosigkeit, gelegt hat. Die Niederlage, die die Reichsregierung und der Bürgerblock im Reichsrat erlitten hat, ist in erster Linie eine persönliche Niederlage des Herrn v. Reudell, und niemand wird sagen können, daß sie unverdient gewesen ist.

Ob nun die Vorlage im Reichstag dasselbe Schicksal erfährt wie im Reichsrat oder ob schließlich doch noch mit Ach und Krach ein Kompromiß zusammengebraut wird, das den Gegnern ein Abscheu, den Anhängern alles andere als eine reine Freude ist, auf alle Fälle bleibt doch die erwiesene Unfähigkeit des Bürgerblocks das hervorragende Kennzeichen dieser ganzen Affäre. Die Opposition aber geht mit gestärktem Mut in den Kampf.

Die Sitzung des Reichsrats.

Der Reichsrat erledigte heute in zweiter Lesung die Vorlage über das Reichsschulgesetz. Viel bemerkt wurde, daß diesen Beratungen eine Stunde früher eine vertrauliche Besprechung der Reichsratsmitglieder vorangegangen war, die den Regierungsparteien angehören, und an der der Abgeordnete Schreiber vom Zentrum teilnahm. Den Vorsitz führt Reichsinnenminister v. Reudell.

Den Bericht der Reichsratsausschüsse gibt der preussische Ministerialdirektor Kaestner. Die Ausschüsse schlagen vor, dem Gesetz den Namen Reichsschulgesetz zu geben. Die Beschlüsse der Ausschüsse sollen, so wird im Bericht ausgeführt, die Bestimmungen des Entwurfs den entsprechenden Artikeln der Reichsverfassung anpassen.

So wird im § 1 eine stärkere Betonung der gemeinsamen Aufgaben aller deutschen Volksschulen gewünscht, der Gemeinschaftsschule soll die durch Artikel 146 der Verfassung bedingte Vorzugsstellung gegeben werden.

Für § 9 wird eine dem Minderheitenschutz besser genügende Fassung beantragt. Die weiteren Änderungen beziehen sich auf Schulaufsicht und Schulverwaltung, auf die

Kontrolle des Religionsunterrichts durch die Religionsgesellschaften, und auf das Rechtsmittelverfahren.

Der Schutz der Simultananschuländer im § 20 soll wesentlich erweitert werden. Schließlich müsse das Reich die zur Durchführung der neuen von dem Gesetz gestellten Aufgaben erforderlichen Mittel übernehmen.

Darauf gibt Gesandter Dr. Gradnauer im Namen der sächsischen Regierung eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Durchführung des Entwurfs der Reichsregierung eine unerträgliche Zerspaltung der sächsischen Volksschulwesens und damit anhaltenden Unfrieden im Schulwesen und sehr erhebliche Belastungen bringen würde. Der Entwurf stehe

nicht in Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung.

Die Beschlüsse der Ausschüsse enthielten demgegenüber wesentliche Verbesserungen. Die Durchführungskosten müßten vom Reich übernommen werden.

In der Einzelberatung wird ein Antrag Bayerns, § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen, abgelehnt. Auch die Wiederherstellung des § 2 in der ursprünglichen Fassung wird gegen Bayern und einige andere Stimmen abgelehnt.

Bei dieser Gelegenheit erklärt Minister v. Reudell,

daß er die Zustimmung der Reichsregierung zu den Ausschlußbeschlüssen nicht in Aussicht stellen könne.

Bei einigen anderen Paragraphen teilt er mit, daß sich die Reichsregierung ihre Stellungnahme vorbehalte. Beim § 6 wird ein Antrag des sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer abgelehnt, wonach ein Antrag auf Bildung einer Sonderschule statt von 40 von 60 Antragstellern eingebracht werden müsse.

Eine Auseinandersetzung gibt es dann beim § 12a. Hier beantragt Bayern die Streichung der Ausschlußbeschlüsse. Das wird aber in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Bei § 13 erheben die Vertreter der Hansestädte erhebliche Bedenken. Dieser Paragraph befaßt sich mit der Vertretung der Religionsgesellschaften in den Schulverwaltungen. Der Vertreter Hamburgs macht darauf aufmerksam, daß, wenn diese Bestimmung Gesetz werden sollte, die Hamburger Unterrichtsverwaltung gezwungen werde, die Delegierten von 16 Religionsgesellschaften aufzunehmen, weil diese öffentlich-rechtlichen Charakter tragen. Die Vertreter der Religionsgesellschaften hätten es also in der Hand, die zwölf amtlichen Mitglieder der Verwaltung zu überstimmen. Es wird schließlich ein bayerisch-preussischer Antrag angenommen, der in anderer Weise die Mitwirkung der Vertretungen der Religionsgesellschaften regelt.

Das Interesse konzentriert sich dann auf den § 20, der sich mit den Simultananschuländern befaßt. Zunächst wird beschlossen, in den „Länderkatalog“, der ein Ausnahmerecht festsetzt, Mecklenburg-Schwerin aufzunehmen. Die Schutzfrist für die Simultanländer wird hierauf auf Antrag der Reichsregierung auf 5 Jahre festgesetzt. 51 Stimmen waren dafür, 17 dagegen.

Vor der Abstimmung über den Beschluß der Ausschüsse, wonach die Kosten für die Lösung der neuen Aufgaben vom Reich übernommen werden müßten, gibt Reichsinnenminister v. Reudell eine Erklärung der Regierung ab, wonach sie erst die Ausführung des Gesetzes durch die Länder abwarten müsse; sie könne daher jetzt noch keine Stellung zu dem Beschluß der Ausschüsse, die Kosten dem Reich zu übertragen, nehmen. Auf Antrag des Staatssekretärs Weismann wird festgestellt, daß die Länder einstimmig für die Uebernahme der Kosten auf das Reich stimmten.

Kunmehr folgt die Gesamtabstimmung über das Gesetz. Der bayerische Gesandte Preeger gibt vorher eine Erklärung ab, daß seine Regierung dem Entwurf der Reichsregierung zugestimmt hätte, sie müsse dagegen die Beschlüsse der Reichsratsausschüsse ablehnen. Die Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschulen sei durch die Reichsverfassung nicht begründet, das natürliche Recht der Eltern auf eine religiöse Erziehung der Kinder werde in der Ausschlußfassung nicht berücksichtigt. Bayern lehne den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab, dagegen, so fügte der bayerische Gesandte unter verständnisvoller Heiterkeit hinzu, stimme Bayern der Uebernahme der Kostenbedeutung auf das Reich zu.

Die Vertreter von Anhalt und Oldenburg geben ablehnende Erklärungen ab, ebenso Thüringen. Der Vertreter von Hamburg erklärt: Nachdem das Gesetz heute in einigen wesentlichen Punkten geändert, insbesondere die Schutzfrist von 12 auf 5 Jahre herabgesetzt werden sei, könne Hamburg der Vorlage nicht mehr zustimmen. Das gleiche erklären Bremen und Lübeck.

Ministerialdirektor Kaestner (Preußen) weist die Ausführungen des bayerischen Vertreters als unzutreffend zurück.

Abgelehnt!

In der namentlichen Schlußabstimmung stimmten Bayern, Anhalt, Oldenburg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Württemberg und die preussischen Provinzen, mit Ausnahme von Berlin und Provinz Sachsen, gegen die Vorlage, so daß sie mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt ist.

Das Reichskabinett berät.

Das Reichskabinett beschäftigt sich heute nachmittags 4 Uhr mit dem Reichsschulgesetz und der Beamtenbesoldung, wobei natürlich die Ansprüche der Länder auf Zuwendung weiterer Teile der Reichssteuer mit beraten werden müssen.

Die Regierungsfrage in Hamburg.

Die Partei wahrt Freiheit nach rechts und links. — Anspruch auf die Senatsmehrheit.

Hamburg, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine überfüllte Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Landesorganisation für das hamburgische Staatsgebiet beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Ergebnis der Bürgerschaftswahl. Vorsitzender Leuterich, der das einleitende Referat hielt, unterzog den Wahlausgang einer eingehenden Betrachtung und sprach über die Aufgaben der Partei nach der Wahl. Er führte aus:

Der Wahlausgang sei ein unbedingtes Vertrauensvotum der Hamburger Wählerschaft für die Sozialdemokratie, die auf Grund ihrer Arbeit als Regierungspartei seit 1919 den großen Stimmengewinn erzielt habe; daß neben dem außerordentlichen Stimmengewinn der Sozialdemokraten auch die Kommunisten gewonnen hätten, könne der Partei die Freude an dem Erfolg nicht trüben. Zum ersten Male seit den Wahlen zur Nationalversammlung sei es der Sozialdemokratie wieder gelungen, bis tief in das Bürgertum hinein Boden zu gewinnen und das Bürgertum nun wieder in die Minderheit zu bringen. In der neuen Arbeitsperiode der Bürgerschaft wolle die Sozialdemokratie alles daran setzen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik, des Wohnungsbaues und der Schulen noch mehr zu erreichen. Die starke republikanische Mehrheit in Hamburg werde sich in der praktischen Politik nach jeder Richtung hin auswirken müssen.

Leuterich nahm dann zu den vierzehn Mindestforderungen, die die SPD. der SPD. unterbreitet hat, Stellung. Die Methode, Forderungen aufzustellen, von denen sie weiß, daß sie von der SPD. nicht durchführbar sind, um so die SPD. um so härter zu bekämpfen, sei auch hier wieder eingeschlagen worden. Das Anerkennen der SPD., daß sie bereit sind, der SPD. die Möglichkeit des Bestehens zu geben, die aber nicht bereit sei, die Mitverantwortung

zu tragen, stelle den Höhepunkt kommunistischer Zumutung dar. Auf solcher Basis sei kein Zusammenarbeiten mit der SPD. möglich. Erste Voraussetzung sei vielmehr, daß die SPD. ihren dauernden Kampf gegen die Sozialdemokratie im Parlament unterlasse. Solange das nicht geschehe, könne von einer Zusammenarbeit keine Rede sein.

Gegenüber den anmahnenden Äußerungen der volksparteilichen und demokratischen Presse, die seit Montag in ihren Redensarten von Tag zu Tag stärker geworden sind, erklärte Leuterich unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß die Sozialdemokratie sich dadurch nicht beeinflussen lasse, sondern so handeln werde, wie sie es nach ihren Grundsätzen und politischen Entschlüssen für richtig finde. Eins sei nach diesem Wahlergebnis ganz klar:

Gestützt auf das Vertrauensvotum der Wähler mit durch die Wahl verstärkten Kräften mehr Einfluß auf allen Gebieten verlangen, besonders im Senat.

Die Sozialdemokratie würde sich der Mifachtung der Wähler schuldig machen, wenn sie sich nicht größeren Einfluß im Senat sicherte. Das Verhältnis von sieben sozialdemokratischen Senatoren zu acht bürgerlichen sei durch die Wahl völlig überholt.

In der anschließenden regen Aussprache wurden die Ausführungen des Vorsitzenden stark unterstrichen. Besonders wurde der Anspruch auf die Besetzung der höchsten Ämter im Senat und im oberen Beamtenkörper herausgestellt. Mit der bürgerlichen Mehrheit im Senat müsse unbedingt Schluß gemacht werden. Auch der Erste Bürgermeister müsse von den Sozialdemokraten gestellt werden. Die Partei habe keine Verantwortung, sich von der SPD. ins Schlepptau nehmen zu lassen, sie müsse sich Selbstgenügsamkeit nach rechts und links sichern.

Schlechter Gaul — guter Preis oder was die Deutschnationalen unter Führung verstehen.

Die „Hamburger Nachrichten“ (Deutschnational) klagen über mangelndes Führertalent der Reichsregierung, will sagen der Herren Hergt und Schiele, Reudell und Koch, von Marg gar nicht zu reden:

„Die Sozialdemokratie versteht sich auf den parlamentarischen Kampf, den sie seit siebzehn Jahren geübt hat, sie versteht sich darauf sehr viel besser als die bürgerlichen Parteien, die auch im parlamentarischen Kampfe ihre bürgerlich-gouvernementale Bestimmung noch nicht vergessen haben. Die Sozialdemokratie ist in der Opposition, denn auch die Preußenregierung ist als Opposition gegen das Reich zu betrachten. Von dieser Oppositionsstellung her entwickelt die Sozialdemokratie eine außerordentliche Aktivität, deren Erfolge sie in Hamburg und Königsberg buchstäblich bewies.“

Im Gegensatz zur Linken vermischt man auf der Rechten die Aktivität und Initiative durchaus. Als Außenstehender kommt man unbedingt auf die Idee, daß eine zielstrebige Führung im Reichskabinett nicht mehr vorhanden ist, sondern die Regierung die Dinge doch allzu sehr an sich herankommen läßt. Die Regie fehlt und vielfach auch die Schaffensfreude, die doch das Charakteristikum des echten Staatsmannes sein soll. Es sieht so aus, als ob die Reichsregierung die Fügel am Boden schleifen ließe, und der etwas temperamentlose Gaul der bürgerlichen Koalition bummelt seinen Schudeltrab daher, bis ihm eines Tages das in polizeiwidrig schnellem Tempo daherkommende Rote Auto in die Flanke fährt.“

Rum soll der „temperamentlose Gaul der bürgerlichen Koalition“ einen guten Preis bringen, deshalb empfehlen die „Hamburger Nachrichten“ dem Reichskabinett gallizisch zu werden:

„Parlamentarismus ist Geschäft. Wenn ein galizischer Pferdehändler für ein schlechtes Pferd einen guten Preis haben will, sagt er dem prüfenden Käufer, er wolle nicht verkaufen. Dazu gehören Kerzen, aber ohne Kerzen kann man keine Politik machen. Charakteristische Vorzüge bringen weder beim Pferdehandel noch in der Politik Gewinne, sie können aber erheblichen Schaden.“

Der Gaul dieser deutschnationalen Logik hintz zwar auf allen vier Füßen, aber soviel kann man doch erkennen: Führung heißt bei den Deutschnationalen: mit Charakterlosigkeit und Pferdehändlergewohnheiten für den schlechten Gaul des Bürgerblocks einen guten Preis erzielen.

Oder aber: der beste deutschnationale Minister ist der mit dem Minimum von Charakter.

Der Mac-Mahon-Gedanke.

Zur Geschichte einer Pleite vor fünfzig Jahren.

Herr Hergt möchte mit Hindenburg Wahlen machen. In einer Rede in Oshah L. S. hat er das vor einigen Tagen näher ausgeführt. Der „Hindenburg-Gedanke“, das ist der „persönliche Gedanke Hindenburgs“, und dieser persönliche Gedanke Hindenburgs, das ist der nationale Einheitsgedanke, und mit diesem nationalen Einheitsgedanken, diesem Hindenburg-Gedanken, muß der Bürgerblock in die Wahlen gehen.

Rum ist bekanntlich — abgesehen von Herrn Hergt als Reichsjustizminister — alles in der Welt schon einmal dagewesen. Und so gab es schon einmal, vor fünfzig Jahren, einen „Marshall-Präsidenten“ — in Frankreich, und dieser Marshall-Präsident hieß Mac Mahon. Der Marshall-Präsident, der von Politik nichts verstand, ließ sich von seinen reaktionären Freunden zu allerhand Torheiten verleiten, u. a. auch zu einer Auflösung der Kammer und zur Ausschreibung von Wahlen unter einer „nationalen Einheitsparole“. Der Marshall-Präsident erließ also zu diesen Wahlen einen Aufruf, in dem es hieß:

Nach sozialistischen Vorstellungen will Frankreich die Beständigkeit der Ordnung und des Friedens und mit der Hilfe Gottes werden wir ihm diese Güter bewahren. Ihr werdet auf das Wort eines Soldaten hören, der keiner Partei dient, der von keinen revolutionären oder reaktionären Leidenschaften, sondern nur von der Liebe zum Vaterland geleitet wird.

Bei den allgemeinen Kammerwahlen, die am 14. Oktober 1877 — also genau heute vor fünfzig Jahren — stattfanden, hörten aber die Wähler auf „das Wort des Soldaten“ nur sehr teilweise. Trotz des schlimmsten Wahlterrors wurden nur 201 Konservative, aber 314 Republikaner gewählt. Nach vergeblichem Sträuben sah sich der Marshall-Präsident genötigt, eine rein republikanische Regierung zu ernennen. Damit war die schwerste Krise der französischen Republik überwunden, und zwei Jahre später dankte Mac Mahon selber ab.

Aus dieser kurzen geschichtlichen Darstellung ergibt sich 1. daß der „Hindenburg-Gedanke“ des Herrn Hergt gar kein Hindenburg-Gedanke, sondern ein Mac-Mahon-Gedanke ist und 2. daß dieser Hindenburg-Mac-Mahon-Gedanke eigentlich überhaupt kein Gedanke, sondern nur eine Materie ist.

Westarps zwei Seelen.

Die deutschnationale und die konservative.

Graf Westarp ist führendes Mitglied der Deutschkonservativen Partei. Graf Westarp ist Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei.

Glaubensbekenntnis seiner konservativen Seele:

„Die aus Verrat, Treubruch und Eigennutz entstandene Regierungsform lehnen wir ab und stehen in unerbittlicher Treue zu unserem angestammten Fürsten. Wir verworfen den sogenannten Boden der Tatsachen, auf dem die Republik durch Ausnahmegesetz geschickt und der rechtmäßige Herrscher unter das Unrecht des Ausnahmeregimes gestellt wird...“ (Beschluß der deutschkonservativen Hauptversammlung.)

Bedenken seiner deutschnationalen Seele:

„Aus deutschnationalen Kreisen erfährt der „Deutschnationale Pressedienst“ zu der Entschließung der Hauptversammlung der Deutschkonservativen Partei vom 10. Oktober, daß sie nur eine Angelegenheit der Konservativen Partei ist, welche selbständig und unabhängig von der Deutschnationalen Volkspartei besteht. Die Entschließung, die ohne Mitwirkung der Deutschnationalen Volkspartei entstanden ist, besitzt für diese nach Form und Inhalt keinerlei Verbindlichkeit.“

Westarp, selbständig und unabhängig von Westarp. Was Westarp sagt, hat für Westarp nach Form und Inhalt keinerlei Verbindlichkeit. Bequem, aber ehrlich?

Die U. als Parteikorrespondenz.

Der deutschnationale Pressedienst geht ein.

Die deutschnationale Parteikorrespondenz „Täglicher Dienst für nationale Zeitungen“ geht ein. Dem Redakteur v. Redin und seinen beiden Kollegen ist gekündigt worden. Die Mittelungen und Informationen der Deutschnationalen Volkspartei werden künftig durch den der Telegraphen-Union Hugenbergs angegliederten deutschnationalen Nachrichtendienst verbreitet. Das Vertrauen der Deutschnationalen zu Hugenbergs Telegraphen-Union zeigt die Tendenz dieses Nachrichtendienstes.

Bischof von Henle gestorben.

„Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“

Am Dienstagabend starb der Bischof von Regensburg, Antonius von Henle im Alter von 76 Jahren. Er war ein politischer Bischof, einer der Stützen der Wittelsbachischen Monarchie in Bayern, in besonderer Gunst bei den Wittelsbachern. Am bayerischen Reichsrat sprach er jenes Wort, das den Geist des Obrigkeitstaates kennzeichnet: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“

Dieser Bischof war bis an sein Lebensende überzeugter Anhänger der Monarchie, er hat im Kampf um die Fürstentümlichkeit sein kirchliches Amt zu politischer Propaganda für die Fürsten mißbraucht. Ein Reaktionär in jeder Hinsicht.

Nicht Strafe, sondern Erziehung!

Der Kampf um die Strafmündigkeit.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags trat heute in die Besprechung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge ein, die verlangen, daß das heutige Strafmündigkeitsalter von 14 auf 16 Jahre und der Beginn der vollen Strafmündigkeit von 18 auf 20 Jahre heraufgesetzt wird.

In eingehenden Ausführungen gab die Genossin Pfäff die Begründung unserer Anträge. Sie wies darauf hin, daß man noch vor 20 Jahren auf deutschen Juristentagungen um die Erhöhung des Strafmündigkeitsalters von 12 auf 14 Jahre gekämpft habe. Damals wollte man sogar vom 12. Lebensjahr ab Kinder bestrafen können, erst allmählich habe man eingesehen, daß das 14. Jahr die Mindestgrenze bilden müsse, und diese sei seit einigen Jahren Gesetz. Es sei aber notwendig, jetzt einen Schritt weiter zu machen, denn bei den traurigen Verhältnissen, unter denen zahlreiche Jugendliche lebten, und bei den vom Sachverständigen festgestellten, mit der Pubertät zusammenhängenden Verhältnissen sei es nicht richtig, junge Leute von 15 und 16 Jahren dem Strafrichter zu überliefern. Die Erziehungsmöglichkeiten müßten ausgebaut werden. Man könne nicht sagen, daß die heutige Gesellschaft der Jugend die Schule nur bis zum 14. Lebensjahr gibt, deshalb auch schon die strafrechtliche Beurteilung mit diesem Zeitpunkt beginnen müsse. Gerade im 15. und 16. Lebensjahr zeige sich, wie sie aus ihrer Tätigkeit als Lehrerin wisse, in allen Schichten des Volkes bei der Jugend ein gewisser Bruch. Auch Jugendliche, die sonst zu den schönsten Hoffnungen berechtigten, zeigten sich gerade in diesem Alter Erziehungseinflüssen feindselig. Wenn nun ein solches Kind etwas Rehle, um seinen hungernden Geschwister etwas geben zu können, sollte man es nicht vor den Strafrichter stellen. Nicht Strafe, sondern Erziehung sei notwendig. Eine erzieherische Wirkung werde man nur ausüben können, wenn die Strafe vom persönlichen Wohlwollen des Erziehers getragen sei. Das werde im Strafvollzug kaum möglich sein. Besonders bei kleineren Strafen seien erzieherische Wirkungen nicht zu erwarten. Wenn die Gesellschaft sich feindselig den Jugendlichen gegenüberstelle, festige sie nur die Feindseligkeit der Jugendlichen gegen die Gesellschaft. Vom Standpunkt des Erziehers, vom Standpunkt des Strafrichters sei die Erhöhung des Strafmündigkeitsalters auf 16 Jahre eine Notwendigkeit. Nur so würde man eine bessere Generation schaffen. Ferner sei notwendig, den Beginn der vollen Strafmündigkeit vom 18. auf das 20. Lebensjahr zu erhöhen, damit es nicht mehr möglich sei, 17- und 18-jährige und 19-jährige zum Tode zu verurteilen und, wie es in Bayern geschehen sei, auch hinrichten. Junge Leute von 18 und 19 Jahren sollten vor dem Strafvollzug bewahrt bleiben, um nicht ungünstig beeinflusst zu werden. Bei Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde das Strafmündigkeitsalter mit dem Wahlalter zusammenfallen, und das sei ebenfalls notwendig. Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge sei im Interesse der heranwachsenden Jugend und der Gesellschaft dringendes Gebot.

Hg. Stoedter (Komm.) trat ebenfalls für die Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters vom 14. auf das 16. Jahr ein. Das Festhalten des gegenwärtigen Alters der bisherigen Strafmündigkeit zeige, wie wenig modern der Strafgesetzbuch sei. Die übereinstimmenden sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge seien nicht neu und auch nicht besonders radikal; sie würden auch von führenden bürgerlichen Juristen und Pädagogen vertreten, sie sollten angenommen werden.

Die Sitzung geht weiter.

Pollzeobest Heimannsberg, bisher stellvertretender Kommandeur, ist jetzt endgültig zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen bisherigen Berliner Polizeikommandeurs Haupt ernannt worden. Heimannsberg gehört dem Zentrum an.

Der deutschösterreichische Gesandte in Berlin, Dr. Felix Frank, hat sich in Graz einer schweren Operation unterziehen müssen. Das Befinden des Einundfünfzigjährigen wird zunächst als zufriedenstellend gemeldet.

Vom Burschen zum Philister.

Von Jodaf.

Mein Unterem-Strich-Gefährte Jonathan hat auf ein Dokument eigener Art aufmerksam gemacht: auf ein Jugendgedicht Alfred Hugenbergs, darinnen der brutal reaktionäre Berleger des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und der „Nachpost“, der Nachr der „U“, der deutschnationale Ausgehrungspolitiker, sich für das „Banner der kämpfenden Liebe“ begeistert, die „hergenitromend das All umfaßt“.

Wandlung? Ja, gewiß: es ist schon etwas recht Entgegengekehrtes, in der Jugend darüber zu trauern, daß es „eine böse Zeit sei für alle, die sich zur Lehre der Liebe bekennen“ und dann im Alter dem Hugenberg-Konzern vorzustehen, aber ich kann nicht glauben, daß es einer sonderlich tiefsehenden innerlichen Umwälzung bedürfte, um aus dem früheren Zustand in den jetzigen zu gelangen.

Es war auch damals alles schon Schwindel. So'n blühenden Jungburschenschaftsprudente von den Lippen des damaligen Verleugers Hugenberg. Gar nicht ernst zu nehmen, sowas. Will gar nichts besagen. Das geht rasch vorüber, denn es quillt keineswegs aus einer wahrhaft besessenen Seele. Das gebärdet sich ein paar Jahre lang ein wenig: Sturm und Drang nennt man das, . . . ist aber völlig ungefährlich.

D, ich kenne diese Hugenberg-Katzen. Alle paar Wochen mal treffe ich Leute dieses Schlages auf der Straße: gefetzte Männer in pensionsberechtigten Positionen und mit sicherem Einkommen. Sie sind in Amt und Würden. Sie treten für Deutschum und Vaterland ein und wenn man gesprächsweise seine eigene politische Anschauung zu erkennen gibt, dann werden sie entweder süchtig, oder sie zucken, im besten Falle, pomadig die Achseln und lächeln sehr von oben herab über die „unfruchtbarsten Weltbeglückungstheorien“. Sie haben, ihrem sozialen Stande entsprechend, reich geheiratet, lesen das Bürgerblättchen, regen sich selten auf und haben eine vorzügliche Verdauung. Spießer, Spießer, Spießer. Und die waren einmal auf dem Gymnasium meine Klassenkameraden! Mit denen zusammen habe ich, vor anderthalb Jahrzehnten, in geheimen Witzzeitungen gegen die Pauker gewettert, auf literarischen Kränzen witzigende Gedichte verlesen, auf heimlichen Kneipen dem Tyrannentum der Eltern und des Rektors getrotzt. Das Vieh von der Burschenherrlichkeit haben wir gelungen, aber es fällt mir erst jetzt auf, daß es darinnen ja für ganz selbstverständlich gehalten wird, daß der Mensch ins Philistertum versinkt, nachdem „der Kommerzgefang verflungen ist und Papier- und Sporenklang verhallt sind“. Arne haben längst ihren Frieden mit Pauken und Altarwand, mit Recht, Sitte, Gesetz und Staat gemacht. Es ist kein Häutchen Rebellion zurückgeblieben in ihnen. Sie sind geworden, was sie ja schon damals waren: Untertane und Obertane, Bücklingmacher nach oben und Treter nach unten und ihre lyrischen Explosionen von einst

waren nur die Abreaktionen des Leides darüber, daß sie den ersehnten Zustand des Bananenstaats sich erst noch eringen mußten. O, ich möchte ja gern persönlich werden und Namen anführen. Aber die Leute, die ich im Auge habe, gehören, weiß Gott, nicht der „Zeitgeschichte“ an und würden es sich auf dem Amisgericht bescheiden lassen, daß niemand sie ungestraft an ihre anberahmte Jahrgang zurückschickenden Herzensausbrüche erinnern darf, deren sie sich längst schämen und die sie verlohnen.

Jugend: ein schönes Wort, ein heiliges Wort. Aber wir sollten verlieren, es den endlos vielen Hugenbergern zuzubilligen, nur weil sie zufällig noch im Pubertätsalter sind. Jugend und Jugend ist zweierlei. Die Jugend, die wir meinen, läuft quer durch die Lebensalter und ihre schönste Offenbarung sehen wir nicht im romantischen und schmerzrevolutionären Geschwafel zwanzigjähriger Sensualitäten, sondern in der zielstreben Arbeit an einer glücklicheren und freieren Welt.

Wieder ein Stück Potsdam verschütt!

Die „Potsdamer Tageszeitung“ stößt wehlagend in das Alpenwäldchen wilhelminischer Erinnerungen: Der Chef der Heeresleitung hat angeordnet, daß die Banze künftig nicht mehr zur Bewaffnung des Kavalleristen gehört.

Ja. Und nun meint die „Potsdamer Tageszeitung“: „Gerade für uns Potsdamer, die wir vom Frieden her an den Anblick der vier herrlichen Kavallerieregimenter mit ihren wehenden Lanzen gewöhnt waren und nach der Auffstellung des neuen Heeres jedesmal unsere Freude daran hatten, wenn wir eine Schwadron des Reiterregiments mit ihren Fähnchen durch die Stadt marschieren sahen, bedeutet das Fehlen der Banze den Abschied von einem Stück acht Potsdamer Poesie.“ Einleitend bemerkt der Verfasser sogar, er bedauere es außerordentlich, daß der „lange Arm des Kavalleristen“, die „Königin der Waffen“, verschwinden soll.

Also — da haben wir es: Potsdam ist seines langen Armes beraubt worden. Dieser lange Arm gehörte keineswegs der Potsdamer Justizbehörde, sondern sie mußte mit dem kurzen Arm vorlieb nehmen, da die Kavallerie dem langen für sich reklamiert hatte. Daß die Banze ein Stück Potsdam war, ist allerdings eine neue Entdeckung. Andere Städte, die ehemals Reiterregimenter beherbergten, haben diesen Anspruch nicht erhoben. Vielleicht sollte ihnen der Hang zu der Poesie, den eben nur ein Potsdamer hat, der in jedem Stück Holz oder Eisen, in jedem Kesselpfeil Pfeife und Potsdam in Stücken erblickt, sofern diese Dinge nur an Militär und Doorn erinnern. Vielleicht ist dieser tiefe, unbegriffliche Schmerz auch durch die Tatsache hervorgerufen, daß Potsdam um so viele kleine Fähnchen ärmer ist, die keineswegs die Farben der Republik tragen. Aber vielmehr hat der Chef der Heeresleitung durch die Wiedereinführung des Präsentiergriffes gerade den Potsdamern einen Erfolg für das verlorene Stück Potsdam flielen wollen. Es scheint allerdings, als ob Potsdam nur noch aus Stücken besteht, da vom Ganzen der wilhelminischen Zeit bereits zahlreiche Teile verschwunden sind.

Um Lanze und Poesie miteinander in Einklang zu bringen, bedarf es allerdings schon höchster mnemotechnischer Kunst. Meine Erinnerungen an Lanzen sind durchaus nicht poetisch. Als ich das erstemal im Krieg eine Lanze sah, war sie verwendet worden, um einen preussischen Lanzen an die Erde zu nageln. Die dazu benutzte Lanze hatte einen Kolaten gebürt. Das zweitemal begegnete ich der Banze nächstlicher Weise in Hajwaranka am Sereth. Russische Kavallerie machte einen verwegenen Reiterangriff auf uns ahnungslose Infanteristen. Der „lange Arm“ erwies sich dem kürzeren, der mit Pulver und Blei geladen wurde, sehr unterlegen, und über hundert russische Reiter bezahlten den Gebrauch eines Stückchens Poesie mit ihrem blutigen Leben. Und dabei waren die Lanzen der russischen Kavallerie Weisheitler gegen die Potsdamer; denn sie hatten nicht einmal Fähnchen . . .

Shaws neuestes Werk. Während verschiedentlich berichtet wurde, daß Shaw an einem Cromwell-Drama arbeite, teilt Emil Ludwig, den Shaw auf seiner letzten Reise besuchte, in der „Literarischen Welt“ mit: „Shaws neues Buch, das im Frühjahr englisch herauskommt, heißt „A woman's guide to Socialism and Capitalism“, ist ein dickes Buch von 500 Seiten und gibt in höchst populärer unmutiger Form Aktionen für eine Frau; entstanden auf Wunsch einer Schwägerin, ihr einige Winke zu geben, daher dieser gemildert.“

Krieg den Löwen! Die englische Kolonialverwaltung in Ostafrika hat den Löwen den Krieg erklärt. Die Raubtiere haben in den letzten Jahren immer mehr zugenommen und sind allmählich zu einer Landplage geworden. Es wurde daher vor einiger Zeit in öffentlicher Ausschreibung ein Kontrakt angeboten für eine Jagdexpedition berufsmäßiger Großwildjäger. Der Vertrag ist jetzt abgeschlossen, und ein Mann mit dem postenden Namen Panther hat sich verpflichtet, vier Monate lang sich ausschließlich auf die Löwenjagd zu konzentrieren und sozial Tiere wie möglich zu erlegen. Die Verwaltung zahlt für die Ausschiffung eine erhebliche Subvention; die Verwertung der Felle bleibt dem Leiter der Expedition überlassen.

Die Jugendverletzungen der New Yorker Arbeiter. Einen jetzt veröffentlichten Bericht des „Department of Labor“ der Vereinigten Staaten zufolge sind im Laufe des letzten Jahres im Staate New York insgesamt 1703 255 Dollars als Entschädigung für Jugendverletzungen an Arbeiter gezahlt worden. Nur für die Verkrümmelung von Ohren sind höhere Beträge zur Auszahlung gelangt.

In der Volkstheater ist die Erhaltung von „Peer Gynt“ endgültig auf den 21. Oktober festgelegt.

Der welsch-ägypter Dichter E. J. Koway hat soeben den Gottfried Keller-Trost, die höchste literarische Auszeichnung, die die Schweiz zu vergeben hat, erhalten. Einmal seiner bedeutendsten letzten Werke, der Roman „Das große Gewesen in den Bergen“ erscheint im Verlag G. Weiler & Co. Leipzig. Aus dem gesamten Werk hat Erneline Wändersmann am 15. Oktober in der Galerie J. Strindberg, Künstlerhaus, Berlin W 9 vor.

Das neue Gebetbuch. 500 englische Priester haben beschlossen, das neue Gebetbuch nicht anzuerkennen, falls es vom König genehmigt würde. Sie würden vielmehr aus der anglikanischen Kirche austreten und eine neue Religionsgemeinschaft unter dem Namen „englisch-katholische“ begründen.

Sozialpolitik und Weltwirtschaft.

Gefestigte Debatte im Verwaltungsrat des I.A.A.

In der heutigen Vormittags-Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes kam es zu einer lebhaften Debatte. Als Folge der Weltwirtschaftskonferenz ist im Völkerbund ein Weltwirtschaftsausschuss eingesetzt worden, der die Wirtschaftsfragen zu bearbeiten hat. Der Völkerbundrat hat den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes aufgefordert, drei Arbeitervertreter in diesen Ausschuss zu entsenden.

Albert Thomas kommentierte zunächst diesen Beschlus und schlug vor, daß nicht nur die Arbeitergruppe, sondern auch die anderen zwei Gruppen Vertreter entsenden sollten, daß in diesem Sinne ein Schreiben an den Völkerbundrat gerichtet werden und innerhalb des Internationalen Arbeitsamtes eine Kommission eingesetzt werden soll, die sich mit diesen Fragen zu befassen habe.

Ueber diesen Vorschlag des Direktors kam es zu einer Auseinandersetzung, bei der die Unternehmervertreter eine Vertretung der Unternehmergruppe des Verwaltungsrats des I.A.A. ganz entschieden ablehnten, da sie schon genügend vertreten seien, während die Vertreter der Arbeitergruppe für eine paritätische Entsendung, also für die Entsendung von Unternehmervertretern sich einsetzten.

Zunächst versuchte der französische Unternehmervertreter die Dinge so hinzustellen, als handele es sich nicht um eine Vertretung der Arbeitergruppe des Verwaltungsrats, sondern um drei Persönlichkeiten aus der Arbeitergruppe, die in Arbeiterfragen besonders kompetent seien. Lambert Ribot hielt es auch für einen diplomatischen Fehler, ein Schreiben an den Völkerbundrat zu senden, da der Völkerbundrat das Verlangen des I.A.A. doch ablehnen und dieses damit in eine unangenehme Situation versetzen würde. Dementsprechend lehnt Lambert Ribot die Schaffung einer besonderen Kommission des Internationalen Arbeitsamtes ab.

Der Kern der Frage ist folgender: Soll das Internationale Arbeitsamt bei Behandlung von Wirtschaftsfragen, die notwendig in das soziale Gebiet hinübergreifen, ausgeschaltet werden? Die Haltung der Unternehmervertreter, die die Entsendung von Unternehmervertretern in diese Kommission ablehnen, hat diese Ausschaltung zum Ziel. Die Arbeitergruppe dagegen und der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes wollen dieses einschalten. Darum wurde mit einem außerordentlichen Aufwand von spirituellen Argumenten den ganzen Vormittag gekämpft.

Jouhaux wandte sich mit außerordentlicher Energie gegen die Argumentation des französischen Unternehmervertreters. Die Arbeitergruppe hier im Verwaltungsrat sagte Jouhaux,

lehnt sich nicht aus irgendwelchen Persönlichkeiten zusammen, sondern aus Vertretern der Arbeiterorganisationen, und nur als solche sind wir hier, und in dem Wirtschaftsausschuss des Völkerbundrats sind nicht Persönlichkeiten, sondern Vertreter von Organisationen. Wir können an dieser Kommission nur als Organisationsvertreter teilnehmen.

Der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialrat Dr. Feig, meinte, Unternehmervertreter wären schon genug im Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes. Man müsse die Anzahl der Arbeitervertreter erhöhen.

Am übrigen lehnte der deutsche Regierungsvertreter gleichfalls die Ernennung einer Kommission innerhalb des Arbeitsamtes ab.

Der tschechische Unternehmervertreter bemühte sich dann, eine Rückzugslinie zu finden, ohne den grundsätzlichen Standpunkt der Unternehmer aufzugeben. Er erkannte an, daß die Vertreter der Arbeitergruppe von dieser zu ernennen seien und als Organisationsvertreter und nicht als Persönlichkeiten ernannt werden sollen.

Der deutsche Unternehmervertreter Vogel verteilte die Aufmerksamkeit, daß die wirtschaftlichen und die sozialen Angelegenheiten getrennt behandelt werden müßten. Er gestand der Arbeitergruppe aber zu, daß sie das Recht habe, ihre Vertreter selbstständig zu ernennen, und erklärte sogar, daß die Unternehmer nichts dagegen hätten, wenn statt drei fünf Arbeitervertreter ernannt würden. Dieses Zugeständnis sollte aber nur die Tatsache markieren, daß die Unternehmer entschieden die Beteiligung des I.A.A. am Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes ablehnen.

Der italienische Regierungsvertreter de Michelis verteilte dagegen den Standpunkt, daß die zu ernennenden Arbeitervertreter nicht von der Arbeitergruppe allein, sondern vom gesamten Verwaltungsrat zu ernennen seien, weil er den Antrag stellen wolle, daß auch japanische „Arbeitervertreter“ ernannt würden.

Der englische Regierungsvertreter verteilte den Standpunkt, den Ministerialrat Dr. Feig vertreten hatte, während Genosse Dudgeon sehr treffend die widerstrebenden Ausführungen der Unternehmer einander gegenüberstellte und trocken die Freizettelung machte, daß alle diese scheinbar widersprechenden Anschauungen nur die Tatsache markieren, die immer wieder im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes festzustellen sei, daß die Unternehmer sich mit allen Mitteln jedem Fortschritt entgegenstemmen.

Schließlich wurde die Debatte abgebrochen und auf heute nachmittags vertagt.

Die Berliner Metallarbeiter.

Gegen Anrufung des Schlichtungsausschusses.

Die gestrige Versammlung der Vertrauensleute der organisierten Metallarbeiter in den B.M.A.-Betrieben im großen Saal des Lehrervereinshauses nahm zunächst den Bericht entgegen über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem B.M.A. über den Abschluß eines Tarifvertrages. Den Bericht gab Genosse Ulrich. (Der „Vorwärts“ hat wiederholt über die Verhandlungen berichtet, zuletzt in der Morgenausgabe am Dienstag, so daß es sich erübrigt, die ganzen Vorgänge hier noch einmal aufzuzählen. D. B.) Bekanntlich hatten die Funktionäre des Metallkartells am 29. August im Prinzip beschlossen, den Versuch zu machen, den tariflosen Zustand zu beenden und mit dem B.M.A. wieder einen Tarifvertrag abzuschließen.

Am 8. September wurde beschlossen, entsprechende Forderungen an den B.M.A. zu richten, die einen Spitzenlohn von 1,20 Mark vorsahen, der zugleich die Affordbasis darstellen sollte. In den Verhandlungen darüber am 3. Oktober boten die Unternehmer einen Spitzenlohn von 81 Pf. Auch in den Verhandlungen am 10. Oktober erklärten die Unternehmer, über dieses Angebot nicht hinausgehen zu können. Da die Unternehmer im B.M.A. also trotz ihrer „grundsätzlichen“ Erklärung für einen Tarifvertrag keinen Tarifvertrag wollten, sind weitere Verhandlungen mit ihnen darüber gegenstandslos geworden.

Ulrich bemerkte mit Recht, daß die Berliner Metallindustriellen es sicherlich nicht gewagt hätten, mit einem derart höhnen Angebot herauszutreten, wenn die Berliner Metallarbeiterschaft im Deutschen Metallarbeiterverband geschlossen organisiert wäre.

Das Metallkartell sei der Auffassung, daß die nun einmal eingeleitete Tarifbewegung trotzdem nicht aufgegeben werden soll. Die Frage sei daher: Sollen die Forderungen nunmehr den einzelnen Betrieben unterbreitet und eventuell durch Streik erkämpft werden, oder soll der Schlichtungsausschuss angerufen werden.

Das Metallkartell habe nach reiflicher Erwägung beschlossen, der Funktionärskonferenz zu empfehlen, den Schlichtungsausschuss anzurufen.

An der sachlich geführten Diskussion beteiligten sich sechs Redner, von denen vier dafür eintraten, den Vorschlag des Metallkartells abzulehnen und den Schlichtungsausschuss nicht anzurufen. Die Befürworter der Anrufung des Schlichtungsausschusses wiesen darauf hin, daß nach einem etwa gefällten Schiedsspruch es der Arbeiterschaft immer noch freistehe, den Schiedsspruch anzunehmen oder ihn abzulehnen und daß nicht anzunehmen sei, daß die Unternehmer die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragen, da sie sich ja bei dem jetzigen tariflosen Zustand offenbar sehr wohl fühlten.

Nachdem Genosse Ulrich in seinem Schlusswort nochmals für den Vorschlag des Metallkartells eingetreten war, den Schlichtungsausschuss anzurufen, wurde zur Abstimmung geschritten. Diefelbe ergab mit Stimmenmehrheit die Ablehnung des Vorschlages der Metallkartells, so daß also die eingeleitete Bewegung auf Herbeiführung eines Tarifvertrages vorläufig beendet ist und der tariflose Zustand bis auf weiteres bestehen bleibt.

Verhärteter Streik der Fahrschlumonteure.

Ergebnislose Verhandlungen mit dem B.M.A.

Die gestern mit dem Verband Berliner Metallindustrieller geführten Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Berliner Fahrschlum- und Aufzugsbranche haben zu keiner Verständigung geführt. Die Unternehmer erklärten sich zwar im Gegenfall zu früheren Konflikt zu zentralen Verhandlungen bereit, machten aber in der Lohnfrage ganz lächerliche Angebote. Sie waren nur gewillt, den Spitzenlohn um eine weitere Zulage von 3 Pfennigen, also von insgesamt 8 Pf. pro Stunde zu geben, doch sollten die anderen Gruppen völlig leer ausgehen. Die Verhandlungskommission der Streikenden lehnte dieses Angebot als unannehmbar ab, ging aber mit der Forderung nach Erhöhung familiärer Löhne um 15 Pf. bis auf 18 Pf. zurück, was von den Unternehmern mit dem Abbruch der Verhandlungen quittiert wurde.

Die Funktionäre beschlossen darauf nach einer eingehenden Beratung einstimmig, den Streikenden die Ablehnung des Angebots der Unternehmer und die Weiterführung des Streikes zu empfehlen.

Die zu gestern abend nach dem Verbandshaus der Metallarbeiter einberufene und überfüllte Versammlung der streikenden Fahrschlumonteure und Helfer trat nach einer längeren Debatte über den vom Genossen Fuchs gegebenen Bericht dem Beschluß der Funktionäre einstimmig bei. Der Streik geht nunmehr unverzüglich weiter, da jetzt entsprechend dem Beschluß einer früheren Versammlung auch die auf auswärtigen Montageen Beschäftigten zurückgezogen werden.

Ausdehnung des Streiks im Möbelhandel.

Der Streik der Transportarbeiter des Berliner Möbelhandels hat sich weiter ausgedehnt. Während am Montag nur die Arbeiter der Großbetriebe in den Streik traten, haben jetzt eine Anzahl Arbeiter auch der kleineren Betriebe die Arbeit niedergelegt. Auf Vermittlung des Gewerberats Körner waren die Parteien am Donnerstag wieder in Verhandlungen getreten, die sich aber infolge der Unnachgiebigkeit der Unternehmer zerbrachen. Während die Verhandlungskommission der Arbeiter an der Forderung auf Erhöhung der Löhne von 43 M. auf 50 M. besteht und mit guten Argumenten die Notwendigkeit eines solchen Lohnes für die äußerst schwere und zugleich verantwortungsvolle Arbeit nachwies, gingen die Unternehmer von ihrem vor dem Streik gemachten Angebot von nur 3 M. Lohnzulage pro Woche nicht ab.

Eine stark besuchte Versammlung der Streikenden am Donnerstag nachmittag beschloß, nachdem sie den Bericht des Genossen Köpfer vom Verkehrsband über die Verhandlungen entgegengenommen hatte, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Unternehmer ihre berechtigten Forderungen reiflos anerkannt haben. Es wurde festgestellt, daß sich unter den Streikenden bisher noch nicht ein einziger Arbeitswilliger gefunden habe, daß sich aber bei der Firma Höfner kaufmännische Angestellte zu Streikbrecherdiensten bereitstellen. Die Versammelten waren aber der Heberzeugung, daß die Firma mit diesen „Schwarzarbeitern“ kein großes Arbeitspensum bewältigen wird.

Wie im Streik der Brauereiarbeiter verliefen auch hier einige Fuhrunternehmer im Trassen zu Hohen. Sowie bisher festgestellt wurde, sind es die Fuhrunternehmer Hans Tappe, Holsteiner Ufer; Ruhner, Choriner Str. 34; E. Schwarz, Kreuzbergstr. 2; Emil Kapner, Choriner Str. 24, und der Milchhändler Wagemund, Friedrichstr. 55, die den Streikenden in den Rücken fallen.

Der franke Beamtenmuffler.

Man schreibt uns: Der Kanalarbeiter Julius Reife, beschäftigt beim Amtgericht Berlin-Mitte, ist ausserordentlich krank, so krank, daß er seinen Beamtendienst nicht versehen kann. Das hindert ihn jedoch nicht, seit langer Zeit gegen Mittag in den Amortischspielen in Wilmersdorf, Uhlandstraße 81, als Pokist zu partizipieren. Auf eine Beschwerde der Ortsvermal-

Die Entdeutschung Südtirols.

Beispielloser Mißbrauch der Fremdherrschaft.

Innsbruck, 14. Oktober.

Eine Verordnung des Bozener Präfekten bestimmt, daß in sämtlichen Volksschulen der Provinz ausschließlich in italienischer Sprache unterrichtet werden darf; es müssen sämtliche Kundmachungen, Anzeigen, Schilder und Ausschreiben für das Publikum ausschließlich italienisch sein. Den Amtsbürgermeistern in den Gemeinden, wo gegenwärtig noch doppel-sprachige Ausschreiben bestehen, wird befohlen, sich nicht damit zu begnügen, daß die Bevölkerung durch einfaches Abtragen der deutschen Ausschreiben den Vorschriften nachkomme! Besonders Schilder von Geschäften und Handwerkern müssen vollständig erneuert werden. Die ausschließliche Anwendung der italienischen Sprache gilt auch für alle jene Ausschreiben auf Privathäusern, die bisher ausschließlich deutsch waren. Die Zeit zur Entfernung der deutschsprachigen Ausschreiben wurde auf den 30. November festgesetzt. Die Verordnung erstreckt sich auch auf Tischlächer, Beklebe, Gläser, Tassen und was sonst in Restaurationen, Cafés und Gasthöfen verwendet wird, und in denen Ausschreiben eingraviert oder eingestickt sind. Mit Rücksicht auf die Einschränkung solcher Gegenstände, die für längere Zeit verwendet werden, ist deren Ausbrauch bis zum 30. November 1929 befristet; doch dürfen auch jetzt schon bei Neuanschaffung nur italienische Worte eingraviert oder eingestickt werden.

Von der Verordnung sind nur sechs Gemeinden Südtirols vorläufig ausgenommen, in denen Gewerbeschulen bestehen, da in deren Ergänzungskursen vorläufig für die oberen Klassen noch der gemischtsprachige Unterricht bestehen bleibt. Es sind dies die Gemeinden Eppan, Bozen, Brigen, Kalsern, Lanna und Meran. Mit der vollständigen Italianisierung der genannten Schulen hört auch für diese Orte der „Ausnahmezustand“ auf, daß diese Urdeutschen nämlich noch ihre Sprache gebrauchen dürfen. Es muß jedoch auch jetzt schon die deutsche Aufschrift der italienischen als Uebersetzung nachgestellt werden, und zwar dürfen auch für den deutschen Text nur lateinische Lettern verwendet werden.

Die abgefägte Führergarnitur.

Wann kommt Trocki an die Reihe?

Moskau, 14. Oktober. (Dt.-Expres.)

Die Zentralkontrollkommission hat Proobrašeni, Serubriakow und Schuraw aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Ihr Beschluß kommt zwar nicht mehr ganz unerwartet, nachdem diese Maßnahmen bereits von einer Reihe von Parteizellen gefordert worden war, erregt aber dennoch starkes Aufsehen. Die Ausschließung eines so prominenten Parteipolitikers wie Proobrašeni, der als der führende wirtschaftliche Theoretiker der Opposition gilt und bei den russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen als Finanzfachverständiger mitgewirkt hat, legt die Vermutung nahe, daß die Parteileitung nach den wiederholten Mahnungen weniger bedeutender Parteimitglieder nunmehr zum Schloß gegen die leitenden Männer der Opposition ausholt. Den Gemahregelten wird neben verschiedenen anderen Verfühen gegen die Parteidisziplin vor allem die Einrichtung der Geheimdruckerei zur Verbreitung der Oppositionsliteratur als Schuld angedreht, ein Vergehen, das sie selbst eingestanden haben. Immerhin scheint es, daß der eigentliche Hauptleiter der Opposition, Trocki, auch jetzt noch nicht für die schärfsten Maßnahmen in Aussicht genommen ist. Der „Ball Trocki“ wird vermutlich erst vom Parteikonferenz entschieden werden, der zum 1. Dezember einberufen ist. Unter dem Eindruck des schärferen Vorgehens der Parteileitung dürfte der Anschluß von 25 bisher der Opposition angehörenden Mitgliedern der kommunistischen Partei Georgiens gelöst worden sein, die in einer öffentlichen Erklärung von der Opposition abtraten und ihre früher gegebene Unterschrift von dem berühmten „Dokument der 83“ zurückzuziehen. Aus Kostan am Don ist die Meldung eingelaufen, daß die dortige Parteioffiziere sieben Oppositionelle ausgeschlossen hat.

Russische Rückzugskanonade.

Frankreichs Gründe unzureichend - aber Rakowski geht.

Paris, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

In der heute veröffentlichten Note lehnt Rußland die Argumente der französischen Regierung gegen Rakowski ab und sagt, die französische Regierung habe zwar das Recht, die Abberufung eines ausländischen Botschafters zu verlangen, aber ein derartiges Ersuchen müsse anders begründet werden, als in diesem Falle geschehen sei. Die Sowjetregierung müsse jede Verantwortung für die Folgen des Schrittes der französischen Regierung ablehnen. Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sowjetregierung natürlich nicht umhin könne, von dem Verlangen der französischen Regierung Kenntnis zu nehmen, ohne daß sie deshalb aber die gegen ihren Botschafter in Paris vorgebrachten Gründe zu billigen gedenke.

Die Morgenblätter schreiben u. a., daß der Nachfolger Rakowskis ein politisch ziemlich unbeschriebenes Blatt sei und Frankreich infolgedessen keinen Grund habe, die Zustimmung zu seiner Ernennung zu verweigern. Das „Journal“ behauptet, daß der Rückzug der Sowjetregierung in der Rakowski-Angelegenheit auf deutsche Ratschläge zurückzuführen sei. (Schon einmal in Berlin dementiert. Red. d. B.) Deutschland sei der einzige ernste Geldgeber Rußlands und wüßte einen Bruch Paris-Moskau zu vermeiden.

Diamandi.

Wer ist der Empfänger des Paléologue-Dementis?

Herr Diamandi hat in der kontrevolutionären Diplomatie Ungarns eine gewisse Rolle gespielt. Als nach dem Sturz der Käteregierung die rumänische Armee Budapest besetzte, war Diamandi mit ihr in Budapest eingezogen und war der diplomatische und politische Ratgeber der in Budapest hausenden rumänischen Generale. Nach dem bisher Paléologue-Rat genannten Schriftstück sollten Rumänien und Ungarn einen Freundschaftsvertrag schließen, Ungarn sollte durch die Rückgabe großer Gebiete, vor allem auf Kosten der Tschechoslowakei bezahlt werden, damit es an dem heiligen Ariege gegen Sowjetrußland teilnehme. Denn nicht nur Polen, auch Rumänien sah sich damals bedroht. Nun wird durch den Brief Paléologues und durch die Veröffentlichung des rumänischen Ministeriums der rumänische Gesandte Diamandi als Urheber dieses Planes entlarvt. Er wird kaum lange rumänischer Gesandter bleiben. In Ungarn wird aber jetzt erst eine starke irredentistische Bewegung einsehen, die aus der Tatsache Nahrung ziehen wird, daß ein führender Diplomat der kleinen Entente-mächte Ungarn rumänische, aber vor allem tschechische Gebiete anbot.

Der Brauerschiedsspruch verbindlich!

Nach den heutigen Verhandlungen mit den Parteien wurde der Schiedsspruch für verbindlich erklärt, mit der Maßgabe, daß Absatz 3 Ziffer 2 des Schiedsspruches folgende Forderung enthält:

„Das tarifmäßige Kündigungsrecht der Parteien wird hierdurch nicht berührt.“

Schiedsspruch im Holzarbeiterstreik.

Der Schlichtungsausschuss hat einstimmig einen Schiedsspruch gefällt, der für die Jahrarbeiter über 22 Jahre ab 1. Oktober eine Zulage von 9 Pf. pro Stunde und ab 1. Januar von weiteren 3 Pf. vorsieht.

Möhlen würde der Lohn eines Jahrarbeiters ab 1. Oktober 1,20 M., und ab 1. Januar 1,23 M. betragen. Diese Lohnzulagen sollen auch den Arbeiter gezahlt werden, die bisher schon einen höheren als den Tariflohn hatten. Die Affordzulagen erhöhen sich im gleichen prozentualen Verhältnis.

Die Löhne der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen werden nach dem im Tarif vorgeschriebenen Schlüssel errechnet. Während der Vertragsdauer eintretende Mieterhöhungen müssen voll abgegolten werden. Das Lohnabkommen soll bis zum 31. März 1928 gelten. Die Erklärungsjahr Montag nachmittags 4 Uhr.

Wie steht es um die Mode-Industrie?

Der Reichsverband der deutschen Modeindustrie lud die Vertreter der Industrie- und Wirtschaftsverbände zur Verbandstagung nach der Berliner Handelskammer.

Zum Schluß noch einige statistische Ziffern: Nach den Ergebnissen der deutschen Berufs- und Betriebszählung umfaßten 1925 Textilindustrie, Bekleidungsindustrie und Gewerbe, fertiger Groß- und Einzelhandel 840 000 Betriebe mit 3,1 Millionen Beschäftigten.

Nächtliches Fabrikfeuer.

Mit der Bekämpfung eines gefährlichen Fabrikbrandes waren in der vergangenen Nacht mehrere Löschzüge der Feuerwehr in der Kopffstraße 48 zu Reutlin beschäftigt.

Um die Ernte befohlen.

Ueber ein unheimliches Treiben von Dieben führen die Laubenkolonisten von Heinersdorf lebhafteste Klage. Es vergeht kaum eine Nacht, in der nicht auf dem Gelände an der Rothenbachstraße und ihrer Umgebung Diebereien verübt werden.

Konsumbesichtigung. Am vorigen Sonntag überstieg die Zahl der Teilnehmer an der Besichtigung der Konsumgenossenschaftlichen Betriebsanlagen alle bisher jemals erreichten Ziffern.

Die Rache einer Frau.

Ein Verwandtenmord in Oldenburg. - Die Leiche im Keller.

Ueber eine furchtbare Bluttat wird aus Oldenburg berichtet: Die Berliner Kriminalpolizei jagt nach der 41-Jahre alten Witwe Anna Berta Schäfer aus Löwenhagen, Kreis Königsberg.

Die Verfolgte war längere Zeit mit einem Willi Schäfer verheiratet, ohne daß dessen Angehörigen von der Ehe wußten. Im Jahre 1919 kehrte der Mann in seine Heimat Oldenburg zurück.

dauernd auf gespanntem Fuße.

Am 8. September dieses Jahres erhielt Fräulein Schäfer zum 10. September von einer Verwandten eine Einladung für eine Geburtstagsfeier. Als sie nicht erschien und auch nichts von sich hören ließ, erkundigte sich die Verwandte in ihrer Wohnung.

weise durchsuchten 4500 Personen die Rittergutsstraße in Lichtenberg, um in 65 Führungen durch die weiten Lager und Produktionsräume der Genossenschaft geleitet zu werden.

Flugzeugabsturz in Staaken.

In Staaken, etwa 200 Meter westlich von der Bahnhofstraße, ereignete sich heute vormittag gegen 1/2 12 Uhr ein schweres Flugzeugunglück. Am 10.44 Uhr startete der 25jährige Flugschüler Walter Blicherow aus Düsseldorf mit einem Apparat der Deutschen Verkehrsfliegerschule zu einem Übungsflug.

Ein Riesenwels im Berliner Aquarium. Vor einigen Tagen wurde von Fischern im Schwielochsee in der Niederlausitz ein Wels gefangen, der ein Meter achtzig Zentimeter lang und zweiundsechzig Pfund schwer ist.

Wiederbeginn der amtsichen Museumsführungen. Am Sonntag, dem 16. Oktober, 10 Uhr, sprechen im Kaiser-Friedrich-Museum Prof. Dr. Schottmüller über „Rubens als Erzähler“.

Volkswochenchau. In den Monopol-Lichtspielen, Petersburger Straße 20, läuft zurzeit die neueste Ausgabe der Volkswochenchau. Sie zeigt in gemohnter Reichhaltigkeit und Aktualität Aufnahmen vom Reichsbannerfest in Potsdam.

Schäfer tauchte dann nach wenigen Tagen wieder auf und erzählte, daß sie ihre Schwägerin zur Erholung nach Bad Oyenhagen gebracht habe, wo sie in einer Pension wohne.

Man schöpft jetzt aber Verdacht.

um so mehr, als Nachbarnleute in den Räumen der Witwe wiederholt einen jungen Mann gesehen hätten, der aber von den Hausbewohnern nicht bemerkt worden war. Frau Schäfer verschwand wieder und ist bis jetzt noch nicht wieder aufgetaucht.

Die Witwe Schäfer ist dringend verdächtig, ihre Schwägerin ermordet zu haben. Es wurde bekannt, daß sie schon vor längerer Zeit einem jungen Manne 1000 Mark geboten habe für den Fall, daß er ihre Schwägerin mit einem Anippel erschlage.

Bon der flüchtigen Witwe Schäfer nimmt man an, daß sie sich nach Berlin gewandt hat, um sich hier unter falschem Namen verborgen zu halten. In den Jahren 1920 bis 1921 hat sie einmal in Charlottenburg in der Ebereschenstraße 33 gemohnt.

D 1230 auf dem Wege nach den Azoren. Relativ günstiges Flugwetter.

Nach einem Junkspruch aus Lissabon ist heute morgen um 6.35 Uhr das dreimotorige Junkers-Flugzeug D 1230 im Lissaboner Hafen unter Führung der Piloten Coose und Starke gestartet. Das Wetter war sehr gut, und der Abflug erfolgte bei hellem Sonnenschein.

Die Wetterlage auf dem Atlantik ist heute nach den vorliegenden Meldungen nicht ganz so günstig wie gestern. Während am Donnerstag ein kräftiger Schiebwind herrschte, wehen heute zwischen Lissabon und den Azoren mehr nordöstliche Winde.

Wilhelmshaven, 14. Oktober.

Die Reparaturarbeiten am Kühler des Flugzeuges D 1220 haben bis 4 Uhr heute früh gedauert. Die Kühlanlage wurde, nachdem sie auf Druckfestigkeit geprüft worden war, wieder eingebaut.

Wilhelmshaven, 14. Oktober.

Das Flugzeug D 1220 ist mittag 12.15 Uhr zu seinem Weiterflug nach Amsterdam gestartet.

Strafe muß sein!

In der Kreisstadt Böhmisches Leipa sind, wie früher auch andernorts, die mit dem schädlichen Wappen versehenen Briefkästen bekräftigt worden. Die Post hat nun die ganze Stadt für die Tat eines Lausbuben bestraft.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei.

Advertisement for Kaufhaus Tempelhof featuring 'Billige Lebensmittel' and 'KATE' brand products. Includes a list of goods like Kolonialwaren, Obst und Gemüse, Fleisch, and Süßwaren with prices.

Kulturarbeit

Der Marterpfahl.

Von Frieda Edel.

In den alten Lederstrumpfgeschichten lesen wir — und konnten dabei das Gruseln lernen —, wie die Rothäute ihre Gefangenen an den Marterpfahl stellten, ihnen den Stalp abzogen und sie so lange piejakten, bis den Nerven nichts anderes übrig blieb, als ihren gequälten Geist aufzugeben. Höchst barbarisch — aber immerhin konnten die Rothäute zu ihrer Entschuldigung geltend machen, daß die an den Marterpfahl Gebundenen bössartige Feinde waren, die sie aus ihren Jagdgründen vertreiben wollten. Die Zivilisation, die den Wilden den Alkohol, christliche Moral und völlige Degeneration brachte, hat diesen unliebenswürdigen Gepflogenheiten ein Ende bereitet.

Wir sind keine Rothäute und leben in einem zivilisierten Staat — dem Himmel sei Dank! Wir haben's herrlich weit gebracht. Marterpfähle gibt's bei uns nicht und die Folter ist seit anderthalb Jahrhunderten abgeschafft. Ist's nicht so? Es gibt Leute, die behaupten, daß in Deutschland

Tausende von unglücklichen Ehen

existieren, Marterpfähle zu vergleichen, an denen sich Menschen, die von Staats und Rechts wegen zueinander gehören, zu Tode foltern!

Ach ja, wir leben in einem zivilisierten Staat und Marterpfähle gibt es nicht!

Es ist bei uns alles so herrlich reguliert, organisiert, bürokratisiert. Für alles gibt es Verbotstafeln oder Erlaubnisheine. Ganz genau ist vorgeschrieben, was man tun darf und was man lassen muß — und wehe dem, der auf diese Vorschriften nicht achtet!

Heiraten darf man, Kinder zeugen auch, je mehr, desto besser. (Wie sie ernährt werden sollen, ist freilich eine andere Frage.) Wollen zwei Menschen zusammenleben, dann gehen sie aufs Standesamt und bekommen einen sorgfältig ausgefüllten abgestempelten Erlaubnischein. Damit hat der Staat seinen Pflichten genügt. Er tritt erst dann wieder in Aktion, wenn die Frau etwa mit Gewaltmaßnahmen dokumentieren wollte, daß sie nicht gewillt ist, dem Staate mehr Kinder zu gebären, als sie für richtig hält. Dann kommt das zu respektierende Gesetz mit dem § 218 und gibt der Frau Befreiung, im Gefängnis über den kategorischen Imperativ der Pflichten eines guten Staatsbürgers nachzudenken.

Auch dann tritt der fürsorgliche Vater Staat in Funktion, wenn zwei trotz ihres amtlich abgestempelten Erlaubnischeines nicht mehr zusammen leben mögen, wenn ihre Ehe, von der sie alles Glück der Welt erhofften, zerrüttet und zerbrochen ist. Dann sorgt er dafür, daß den beiden die Trennung nicht zu leicht gemacht wird. Dann folgen Jahre des aufreibendsten Kampfes. Bestimmte Gründe müssen gesucht und gefunden werden. Manchmal werden die Gründe anerkannt, manchmal auch nicht. Dann gibt es neue Klagen, neue Termine. In diesen Terminen werden die intimsten Angelegenheiten der zwei Menschen hervorgezerrt, kein Winkel ihres Lebens bleibt dem Auge des Gesetzes verborgen: nackt und bloß, ein arbeitsloses Häuflein Unglück, steht der Mensch vor seinem Richter, dessen Spruch er anerkennen muß, mag er wollen oder nicht. Wer durch die Hölle einer unglücklichen Ehe ging, muß, um sich zu befreien, durch das Inferno eines langwierigen, unendlich peinlichen, entwürdigenden Verfahrens hindurch. Nerven gehören dazu und Geld, sehr viel Geld, um das auszuhalten.

Man durfte erwarten, daß ein republikanischer Staat diesen Zuständen ein Ende machte. Es wurden auch in den Jahren verschiedentlich Anläufe zu einer Ehescheidungsreform unternommen — aber die Gesetzesmaschine arbeitet langsam. Sozialdemokratische, kommunistische, demokratische Anträge dazu wurden im Rechtsausschuß des Reichstages in langen Debatten beraten.

Selbstverständlich sind Zentrum und Deutschnationale gegen jede Reform der Ehescheidungsgeetze — um der

Heiligkeit der Ehe

wissen. Heiligkeit der Ehe? Die Ehe ist eine staatsbürgerliche Einrichtung, geschaffen zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung. Weder Staat noch Kirche haben die Kraft, die Ehe zu heiligen. Der Staat kann sie legitimieren, die Kirche nicht einmal das. Geheiligt wird die Ehe einzig und allein durch die Macht des Eros.

Eros aber hat sehr wenig Raum in der entgötterten Welt der kapitalistischen Interessen. Nicht Eros, sondern der Götze des Kapitalismus regiert die Welt. Er ist es, der den Ehen zustande bringt, „zu denen tausend Teufel lachend Amen singen“. Er hat Eros vertrieben und sich auf den Thron geschwungen. So lange der Götze des Kapitalismus die Geißel schwingt und die Seelen vergiftet, sollte man nicht von der Heiligkeit der Ehe sprechen.

Ein Göttergeschick kann die Ehe sein, das den Menschen erlöst aus qualender Einsamkeit, das all seine Kräfte lebendig macht und ihn über sich selbst hinauswachsen läßt. Aber was haben die Menschen aus dem Göttergeschick der Zweifamkeit gemacht? Einen Marterpfahl, an dem sie verbluten!

Ach, blickt doch hinein in die vielen unglücklichen Ehen! Seht doch die Männer und Frauen, die als junge, zukunfts-gläubige Menschen in die Ehe traten. Was ist aus ihnen in einer unglücklichen Ehe geworden? Was für matte Seelen, abgestumpft im Trotz des Altags! Was ist da alles verschüttet worden! Seht, wie sie stumpf und dumpf nebeneinander herleben und die Brücke zueinander nicht mehr finden können. Wie die Flamme leidenschaftlichen Glück-willens erstickt ward.

Seht die, die resigniert den Kampf aufgegeben haben und endlich ruhig geworden sind. Doch ihre Ruhe ist die Ruhe des Grabes. Nur eines Funkens bedarf es, um den

Haß auslodern

zu lassen. Und der Haß wächst und wächst und vernichtet alles, was blühen und reifen wollte.

Die Schulung der Aelteren.

Ein neues Arbeitsgebiet der Sozialistischen Jugend.

Wenn die Sozialistische Arbeiterjugend jetzt beginnt, in besonderen Gruppen die Aelteren zu schulen, so begibt sie sich damit auf ein ganz neues Arbeitsgebiet. Es ist für uns als Sozialisten stets die erste Aufgabe, für ein neues Arbeitsgebiet die theoretische Grundlage zu schaffen; denn wir als Sozialisten unterscheiden uns von den bürgerlichen Parteien gerade dadurch, daß wir nicht nach irgendwelchen Wünschen oder Gefühlen arbeiten und kämpfen, sondern uns zunächst über das Ziel klar werden, das wir verfolgen, und über die Wege, die zu ihm führen. Das Bündnis von Wissenschaft und Arbeiterschaft, das Karl Marx und Friedrich Engels begründeten, das Ferdinand Lassalle und Wilhelm Liebknecht gefördert haben, dieses Bündnis ist ja nichts anderes, als daß wir die Theorie mit der Praxis verbinden. So wollen wir heute zeigen, welche Schulungsarbeit in den Aelterengruppen zu leisten sein wird.

Unser Ziel ist die Umwandlung dieser kapitalistischen Klassengesellschaft in eine bessere, gerechtere Welt. Diesem Ziel hat sich unsere gesamte Arbeit unterzuordnen, und wir beurteilen den Wert des Menschen danach, wieviel er zu leisten vermag für dieses Ziel, wieviel er mit beitragen kann zu diesem Kampf für eine andere Welt. Wenn wir also Erziehungsarbeit leisten, so haben wir sie nach dem Ziele einzustellen, daß wir Menschen heranzubilden, die für diesen Kampf geeignet sind. Unsere Bildungsarbeit dient nicht dem Ziel, nur den einzelnen zu fördern, ihm weiterzuhelfen in seinem Privatleben, daß er etwa eine besserbedachte Stellung bekommen kann. Unsere Arbeit dient dem Ziele, die Menschen dazu zu schulen, daß sie tüchtige Kämpfer für die sozialistische Gesellschaft werden.

Danach ist es klar, daß alle Bildungsarbeit, die wir zu leisten haben, eine politische Bildungsarbeit sein muß, daß sie sich erstrecken muß auf das Gesellschaftliche, das Soziale, daß sie aber auch gerichtet sein muß darauf, daß wir nicht nur diese Gesellschaft verstehen, sondern zugleich die Menschen bewegen, daß sie mit dieser Erkenntnis den Willen verbinden, diese Gesellschaft umzugestalten. Wenn unsere Bildungsarbeit eine politische sein muß, so muß sie auch eine grundsätzlich-margistische sein, d. h., wir müssen als Werkzeug unserer Bildungsarbeit die wissenschaftlichen Lehren benutzen, die der wissenschaftliche Sozialismus, allen anderen voran Marx und Engels, geschaffen haben. Das bedeutet nicht etwa, daß wir den jungen Genossen nur die Lehren von Marx und Engels beizubringen hätten, sondern marxistische Bildungsarbeit heißt, die Methode anzuwenden, die Marx und Engels geschaffen haben, und das ist nichts anderes, als die sogenannte soziologische Betrachtungsweise, die alle Dinge unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Gesellschaft sieht.

Wenn ich sage, daß alle Bildungsarbeit eine politische sein muß, so könnte die Frage aufstehen, ob auch die Tagespolitik in die Bildungsarbeit hineingezogen werden soll. Diese Frage kann nicht etwa mit einem glatten Nein beantwortet werden, sondern wir müssen durchaus politische Tagesfragen als lebendige Erläuterungen mit berücksichtigen. Eine andere Frage ist, ob wir taktische Streitfragen der Arbeiterbewegung mit in unseren Betrachtungskreis ziehen sollen. Ich glaube, daß im allgemeinen der Kursleiter von sich aus an diese Dinge nicht herantreten soll, daß wir aber, wenn solche Dinge aufgeworfen werden, sie mit aller Offenheit und Rückhaltlosigkeit diskutieren.

Das ist unsere Aufgabe. Nun fragt es sich, wie wir sie lösen. Wir müssen zunächst feststellen, daß unsere Bildungsarbeit nicht darauf ausgeht, den jungen Menschen in erster Linie nur Kenntnisse zu vermitteln. Die heutige Schule bewirkt ja nicht etwa, das Denken zu schulen, sondern nur bestimmte Kenntnisse zu vermitteln. Das kann nicht das Ziel der Bildungsarbeit sein. Selbstverständlich wird es sich auch darum handeln, Kenntnisse zu erwerben, aber das hat nur Wert, wenn diese Kenntnisse in einem bestimmten Zusammenhang stehen. Es kommt nicht darauf an, daß wir in unserer Bildungsarbeit die Ergebnisse vermitteln, die vielleicht die großen Denkerutage gefördert haben, sondern daß wir selbst denken, selbständig und kritisch denken lernen.

Danach wird sich unsere Arbeit nicht in der Form der Wissensübermittlung, in der Form des Vortrages abspielen, sondern in der Form der Arbeitsgemeinschaft. Das ist die Form der sozialistischen Bildungsarbeit, in der Menschen sich bilden, wo nicht der eine der Lehrer und die anderen die Schüler sind, sondern alle sich gemeinsam fördern. Diese Arbeitsgemeinschaft hat eine große erzieherische Bedeutung, weil sie die Kräfte des einzelnen Menschen entwickelt. Das ist sehr wichtig deshalb, weil in der Arbeiterklasse ganz besonders viele Menschen sogenannte Minderwertig-

keitsgefühle haben, so daß dauernd Hemmungen vorhanden sind und sie nicht mit der Sprache herauswollen. Diese Minderwertigkeitsgefühle können wir bekämpfen, wenn wir in unserer Arbeit allen die Möglichkeit geben, etwas zu leisten und damit sich selbst zu beweisen, daß sie etwas können. Das Selbstbewußtsein ist die Voraussetzung für den Kampf der Arbeiterklasse; denn nur eine Klasse, die an sich selbst glaubt, die überzeugt ist von ihrer Mission, nur eine solche Klasse kann den großen und schweren Kampf gewinnen.

Auf der anderen Seite darf natürlich unsere Bildungsarbeit nicht dahin führen, daß wir zu einem Bildungshochmut kommen. Wenn man die Bildungsarbeit richtig treibt, wird wohl bei niemand Bildungshochmut entstehen; denn wer über das Ganze einen Ueberblick erhält, der sieht, wieviel er noch zu lernen hat, und sieht auch, wieviel er in seinem Leben niemals lernen kann.

Noch eine grundsätzliche Frage sei hier angeknüpft: Soll unsere Bildungsarbeit eine Massenschulung oder eine Führerausbildung sein? Auf eine Massenschulung im wirtschaftlichen Sinne können wir wohl vorläufig nicht rechnen, sondern wir werden in unseren Aelterengruppen eine Elite der Arbeiterjugendbewegung haben, die Treuesten und Tüchtigsten. Diese Elite, diese Oberschicht, haben wir auszubilden, aber wir haben dabei selbstverständlich darauf zu achten, daß diese Elite nun nicht etwa eine Führerschicht wird, die von sich selbst sagt, sie stelle die künftigen Führer des Volkes. Wir sind alle nur berufen, in der Masse zu arbeiten als besonders tüchtige Funktionäre, damit wir eins zu dem Ziel kommen, von dem Marx sagt: „Die Masse fällt nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenschließt und Willen sie leitet.“

Diesen großen Aufgaben stehen nun leider große Hindernisse entgegen, die daraus resultieren, daß wir in der bürgerlichen Gesellschaft leben. Diese Hindernisse beginnen bei der Schule, von der wir schon sagten, daß sie uns falsch erzieht, von der wir wissen, daß sie uns nicht einmal die Kenntnisse gibt, die wir brauchen. Diese Hindernisse zeigen sich in den Wohnungsverhältnissen, die es vielen nicht einmal ermöglichen, zu Hause zu arbeiten. Sie zeigen sich auch in der Arbeitszeit, die ja gerade jetzt viel zu lang ist, so daß viele nicht mehr die Kräfte haben, sich in unserem Geiste weiterzubilden. Wollen wir diese Hindernisse überwinden, so müssen wir bei der Organisation unserer Bildungsarbeit so praktisch wie möglich vorgehen. Das Proletariat kann es sich nicht leisten, Zeit und Kräfte zu vergeuden; denn jedes Jahr, das wir später zu unserem Ziele kommen, bedeutet Elend und Not für viele Millionen Menschen, bedeutet, daß viele Menschen sich weiter quälen müssen und zu früh sterben.

Es genügt natürlich nicht, daß wir in den Arbeitsgemeinschaften nur zusammenkommen, um irgend etwas zu lesen oder irgendwelche Diskussionen zu führen; es ist vielmehr notwendig, eine systematische Arbeit, eine grundsätzliche Arbeit zu leisten. Wir müssen uns bestimmte Gebiete vornehmen, damit wir ein zusammenhängendes Wissen und Erkennen ausbilden. Welche Gebiete sollen nun behandelt werden? Es ist klar, daß die behandelt werden müssen, die für den Kampf des Proletariats die wichtigsten sind. Sogedewie wichtig ist natürlich jedes Wissensgebiet. Da wir aber mit unseren Kräften sehr ökonomisch umgehen müssen, so müssen wir uns auf die wichtigsten Arbeitsgebiete konzentrieren. Wir müssen die Gesellschaftskennenernen, in der wir leben. Früher war es die wichtigste Aufgabe der Menschen, die Natur und ihre Gesetze kennenzulernen, um sie sich unterwerfen zu können. Heute ist es noch wichtiger, die Gesellschaft und ihre Gesetze kennenzulernen, damit wir sie in den Dienst der Arbeiterklasse stellen, sie in unserem Sinne umgestalten können. Wir müssen die Gesellschaft von allen Seiten kennenernen, von der politischen und wirtschaftlichen, so gut wie von der geschichtlichen oder der künstlerischen.

So steht unsere ganze Arbeit im Dienste der Tat. Sie soll in uns den Willen und die Kräfte stärken, diese Welt zu verändern. Wir kennen das berühmte Wort von Marx: „Bisher haben die Philosophen die Welt nur interpretiert; es kommt aber darauf an, daß sie verändert wird.“ Diese Veränderung der Welt haben wir vorzunehmen. Sie bedeutet nichts anderes als die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Befreiung der Arbeiterklasse wird aber nur das Werk einer aufgeklärten Arbeiterklasse sein. An dieser Aufklärung, die immer zugleich Aufrüttelung sein muß, haben wir nun auch in den neugeschaffenen Aelterengruppen der Arbeiterjugend mitzuwirken. Walter Fabian.

Sehnüchlich suchen sie die offene Tür, die hinausführt aus dem Gefängnis ihrer Ehe. Sie träumen ihre unfruchtbaren Träume und warten auf das Wunderbare. Aber das Wunderbare kommt nie. Und der Weg zur offenen Tür geht durch Schmerz und Entwürdigung. So schleppen sie ihre Fesseln weiter. Vielleicht werden sie mit der Zeit brave und ruhige Philister, die am Städtisch und im Kaffeetränzen ihr Genüge finden.

Und solche Ehen sollten heilig sein? Darum ist mit tausend Schikanen die Ehescheidung erschwert, daß solche Gemeinschaften, die keine sind, erhalten bleiben?

Sind die Länder, die eine

Erleichterung der Ehescheidung

durchgeführt haben (Belgien, die Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden, einige Staaten Amerikas) sittenlos als unsere so überaus sittenreine Republik?

In Burma (britisch-ostindische Provinz) kann jede Ehe ohne weiteres geschieden werden. Nach Müller-Eyer kommt aber dort die Ehescheidung fast niemals vor, „vielmehr hat die Leichtigkeit der Ehescheidung dazu geführt, daß die Ehegatten die größte Rücksicht gegeneinander walten lassen“.

So weit fliegen allerdings unsere Wünsche nicht, daß wir erwarten, in Deutschland burmesische Zustände zu erhalten. Wir sind diesem Reichstag gegenüber unendlich bescheiden geworden. Aber immerhin dürfen wir doch hoffen, daß die Anträge auf Erleichterung der Ehescheidung angenommen und durchgeführt werden — trotz der Front der Dunkelmänner!

Eröffnung der Fachschule für Musik, Tanz und Sprache in Essen. Die Stadt Essen übergab dieser Tage die Fachschule für Musik, Tanz und Sprache ihrer Bestimmung. Oberbürgermeister Braich führte dabei u. a. aus, daß, auf dem großen Kulturgedanken eines Karl Ernst Osthaus stehend, nunmehr durch eine organische Zusammenfassung der Kunstgewerbeschule mit der neuen Fachschule für Musik, Tanz und Sprache der Forderungsidee ein neuer Auftrieb gegeben werden solle. Daraus sprach der Leiter der neuen Schule, Rudolf Schulz-Dornburg. Er betonte, daß es eine Kulturpolitik des Ruhrgebietes gäbe. Dies habe die Zeit des Ruhrkampfes bewiesen, als die städtischen Orchester von Essen, Bochum und Dortmund in Ermüdung auf die eindrucksvollen Rundgebungen der politischen, geistigen, künstlerischen und wirtschaftlichen Epochen im Berliner Schauspielhaus vor den führenden Männern des Reichs und der Staaten Beethovens, Brahms und andere zu Gehör gebracht haben. Damals habe sich gezeigt, daß man die Einheit des Ruhrgebietes auch im Geistigen sah. Die Folkwang-Schule wolle Ausbildungsstätte sein für gewisse Teile der reiferen arbeitenden Jugend, alle Lehrgebiete umfassend, wie handwerkliche und künstlerische Gestaltung unserer Umwelt.

Die Zeit ist der Raum der menschlichen Entwicklung. Ein Mensch, der über keine freie Zeit zu verfügen hat, dessen ganze Lebenszeit, abgesehen von den bloß physischen Unterbrechungen durch Schlaf, Mahlzeiten usw., durch seine Arbeit für den Kapitalisten in Anspruch genommen wird, ist weniger als ein Lasttier. Er ist eine bloße Maschine zur Erzeugung von fremdem Reichtum, körperlich gebrochen und geistig verflirt. Karl Marx.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Volkfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die Versicherung aller Arbeiter und Angestellten

Auskunft erteilen alle Vertrauensleute, sowie die Rechnungsstelle
Berlin S 42, Ritterstraße 126, I.
Kassenstunden täglich von 8-1, Dienstags von 8-6,30 Uhr.

Efha
Würstchen die feinsten
EFHA-WERKE
BERLIN-BRITZ

Nook's
Bienenhonig ist der beste!
Gold-Medaille 1925. — Überall erhältlich.

Gebrüder Groh
Gegründet 1882
55 eigene Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins
10 eigene Dampfmolkereien

Berliner Ratskeller
Bierabteilung Königstr. 15-18 Weinabteilung
Künstlerkonzert
Vorzügliche Küche Heinrich Falkenberg

D. B. L. Der bunte Laden
Wolle, Strümpfe Spezialgeschäft Trikots
SO., Oranienstr. 202. N., Chausseestr. 50. W., Motzstr. 20. O., Königsberger Str. 11
Charlottenburg: Scharrenstr. 58. Friedenau: Hauptstr. 74.

O. Raekwitz Nfl. Groß-Destillation
I. Am Blücherplatz (Planufer 24)
II. Am Hermannplatz (Kottbusser Damm 36/37)
III. Wiener Straße 15 (Ecke Lausitzer Straße)

Wäsche nach Gewicht
Dampfwäscherei Merkur, Berlin O 112
Frankfurter Allee 507 Fernspr.: Andreas 2820
Spezialität: Arbeiter-Berufskleidung
Inh. Aug. Bachmann Mitgl. d. SPD.

Central-Weffannahme
123 Berlin SO. 36, Wiener Straße 1/6

Oswald Naele A.-G., Berlin-Britz, Rudower Str. 34
reinigt - wäscht - färbt
Filialen in allen Stadtteilen

F. Hamburg, Bln.-Steglitz Schloßstr. 102-103
Herrenkleidung Berufskleidung
Feine Herren-Ausstattungen Blinde, Invaliden und Witwen erhalten 5 Prozent Preisermäßigung

Frisier-Salon für Damen und Herren
Gute Bedienung Solide Preise
Stadtbad Kreuzberg, Bärwaldstr. 64-65

Wir wollen helfen
Niedrigste Preise Kredit bis zu 2 Jahren Keine Anzahlung
unter Mitwirkung erster Fabriken

Anerkante Qualitätswaren in reicher Auswahl. • Bei Barzahlung Vergütung des Reichsbankdiskontes. • Sofortige Aushändigung der Ware ohne Anzahlung, ohne Rückfrage bei dem Arbeitgeber. • Tilgung der Kaufsumme je nach der Höhe des Gesamtbetrages in Teilbeträgen bis zu 24 Monaten.

Herrnkleidung fertig u. nach Maß Stoffe
Damenkleidung Kleiderstoffe
Kinderkleidung Herrenwäsche Herrenartikel Damenwäsche
Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, Kleitmöbel, Fahrräder
Tappete, Linoleum, Gardinen, Gobelins, Decken, Korb- u. Polsterwaren, Metallbettstellen, Beleuchtungskörper, Kinderwagen.

Möbel
Plauswäsche Baumwollwaren Strickwaren Trikots Strümpfe Schuhwaren Schirme, Stoffe Lederwaren

Deutsche Warenvertriebs-Gesellschaft für Beamte und Angestellte Akt. Ges.
Klosterstr. 75 „DEWABAG“ Klosterstr. 75
am U-Bahnhof Klosterstr., nahe Alexanderplatz an Mauer der ehemaligen Kunstschule. — Versand nach ausserhalb vorerst nicht möglich

Wäscherei für Arbeiter-Berufskleidung
Annahmestellen: NW 87, Sickingenstr. 77 • NW 87, Berlichingenstr. 1 N., Antonstr. 4 • SO 33, Mantuffelstr. 77 • Reinickendorf, Eichbornstr. 47/48
Karl Habetha
NW, Siemensstr. 12

Etablissement Kliems Festsäle Erbe
Hasenheide 13/15. Telefon: Amt Hasenheide 6565/6566
Säle und Räumlichkeiten 50-2500 Personen fassend

Butter A. Chibb & Co.
Eier-Käse
Filialen in fast allen Stadtteilen

„Columbus“
Kommandantenstr. 76

Hotel Deutscher Hof
Berlin S 42, Luckauer Str. 15
(Telephon: Moritzplatz 9671)
7 Festsäle von 30-100 Personen zu kulantesten Bedingungen
Hotelzimmer von 3,50 M. an. — Fließendes Wasser.
Restaurant.

In Berlin-Tempelhof
verkehren die Arbeiter bei
W. Pommerening u. Co.
Berliner Straße 100.

Das Gebot der Stunde
ist der Eintritt in den
Erd- und Feuer-Bestattungsverein
Groß-Berlin
W 35, Steglitzer Straße 66
Fernsprecher: Nollendorf 4168/69

Allen Organisationen empfiehlt sich
MAURER & DIMMICK • BUCHDRUCKEREI
BERLIN SO 16, KOPENICKER STRASSE 38/38

Kaufhaus Max Cohn
(Inhaber Georg Hirschfeld)
Grünstr. 23-24 KUPERICK am Schloßplatz
Das Haus der guten Qualitäten

Genossenschafts-Tischlerei „Ideal“
Tischlerei für Möbel, Bau u. Innenausbau
Neukölln (Hermannshof) Hermannstr. 48 • Tel. F 2 Neukölln 2444

Dampf- und Handwäscherei „ALBA“
Berlin-Schöneberg Fernspr.: Amt Stephan Nr. 3031 Eisenacher Str. 56

Apotheker E. Sichtung & Ernst Rauch G.m.b.H.
BIER-GROSSVERTRIEB
Fabrik alkoholfreier Getränke
Bln. N 69, Lychener Straße 181 Fernruf. D 4, Humboldt 14-3 Bln. SW 88, Reuenburger Straße 23 Fernruf. A 7, Dönhofs 1276

Kaufhaus Felix Richter
Neukölln Hermannstrasse 161

Gegründet 1896
„Berolina“
Chem. Waschanstalt u. Färberei
Busch & Müller Nachf.
Neukölln, Kirchhofstr. 45
Filialen in allen Stadtteilen

Neu erschienen:
ein neues Buch von
Adolph Hoffmann
Amorellen
Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe.
104 Seiten stark mit 32farbigem Titelbild von
Willi Steinert
Von Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt. Ein wichtiger Beitrag zu dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Gesetz zur Bekämpfung der Giftschlechtskrankheiten. Preis 1 M.
Zu beziehen vom Verleger, Berlin O 17, Kopenstraße 6, und allen Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Zum Kampf gegen das Reichsschulgesetz

empfehlen wir
Reichsschule oder Volksschule
Kartenteil 1 Wert
Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes
Kartenteil 2,50 Wert
Zu beziehen durch:
F. B. Dieckmann G.m.b.H.,
Rindfleischstr. 3 und allen Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Bücher-Sonderangebot!

Anatole France.
1. Die Bratkoche zur Königin Pedaque.
2. Die Ulme am Wall.
3. Die Probierpuppe.
4. Der Amethystring.
5. Komödiantengeschichten.
6. Professor Bergeret in Paris.
7. Auf dem weißen Felsen.
8. Die Götter dürrten.
9. Der Aufruhr der Engel.
10. Peter Noviere.
11. Die Sehnsucht des Johann Servien.
12. Cijo Baltasar.
13. Die Perlmutterdose.
14. Der Brunnen von Santa Clara.
15. Blaubarts sieben Frauen.
Jeder Band in Halbleinen geb. nur M. 1.60
Alle 15 Bände zusammen für nur M. 22.—
Verlagsanstalt „Courier“
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4

Kur-Badeanstalt Treptow
Bouchéstraße 18
an der Gratzstraße
Lieferant aller Krankenkassen

Hausmusik
Jede Besichtigung führt z. Kauf
Geringe Anzahlung
Kleinste Raten
Jeder Käufer erhält
6 Musikstücke gratis
Richard Steckel
Michaelkirchstr. 30, a. d. Ecke der 30. Str.

Verlangt nur
Weinberger's Butter

Gustav Tempels Bierhaus
Gudrunstr. 7: Am Zentralriedhof

Hugo Walther Korbmöbel
Nur Qualitätsarbeit, Musterlager und Verkauf: Neukölln, Fontanestraße 29. Hof gart.